



Juli 2009

**Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und sechs Tageszeitungen**

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis



| | |
|--|----------|
| Untersuchungsanlage | 1 |
| Analyse | 3 |
| Zusammenfassung..... | 4 |
| Empfindung ungerechter Verhältnisse durch Krise nicht verstärkt | 5 |
| Gut jeder Zweite sieht Steuersätze als zu hoch an | 6 |
| Notwendigkeit von Steuererhöhungen umstritten..... | 7 |
| Keine Steuererhöhungen: Misstrauen gegenüber Merkel-Versprechen..... | 8 |
| Politikerzufriedenheit: Merkel legt zu, Steinmeier verliert | 9 |
| Kanzler-Direktwahl: Merkel klar vor Steinmeier..... | 10 |
| Grundsätzliche Zweifel an Wahlkampfaussagen aller Parteien..... | 11 |
| Leistungsabbau wird Steuererhöhungen vorgezogen | 12 |
| Kaum Unterstützung für Anhebung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes | 13 |
| Sonntagsfrage: SPD weiter unter Druck..... | 14 |
| Wechselstimmung: Unionsgeführte Bundesregierung weiterhin bevorzugt..... | 16 |
| Bundeswehreinsatz in Afghanistan: Zwei Drittel für schnellen Abzug | 17 |
| Bundeswehr ist in Afghanistan im Krieg | 18 |

Untersuchungsanlage

ARD - DeutschlandTREND Juli 2009

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und sechs Tageszeitungen

Untersuchungsanlage

| | | |
|--------------------------|--|---|
| Grundgesamtheit: | Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren | |
| Stichprobe: | Repräsentative Zufallsauswahl / Randomstichprobe | |
| Erhebungsverfahren: | Computergestützte Telefoninterviews (CATI) | |
| Fallzahl: | 1.000 Befragte Sonntagsfrage: 1.500 Befragte | |
| Erhebungszeitraum: | 29. bis 30. Juni 2009 Sonntagsfrage: 29. Juni bis 01. Juli 2009 | |
| Fehlertoleranz: | 1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent | |
| Durchführendes Institut: | Infratest dimap | |
| Ihre Ansprechpartner: | Richard Hilmer Reinhard Schlinkert |  030/533 22 - 113  0228/329 69 - 3 |

Analyse

Zusammenfassung

Die bundesdeutsche Haushaltspolitik befindet sich aktuell in einem Dilemma. Während sich die Bundesrepublik mit dem historisch höchsten Verschuldungsstand als Folge der konjunkturellen Ausnahmesituation konfrontiert sieht, betrachten die Bürger den Umfang des Steuerstaates mit erheblicher Skepsis. Gut jeder zweite Bundesbürger hält die bestehenden Steuersätze insgesamt für zu hoch. Dass Steuererhöhungen in der jetzigen fiskalpolitischen Situation nötig werden, ist unter den Deutschen umstritten: Jeder Zweite bezweifelt einen entsprechenden Problemdruck, vier von zehn betrachten Steuererhöhungen dagegen als unvermeidbar.

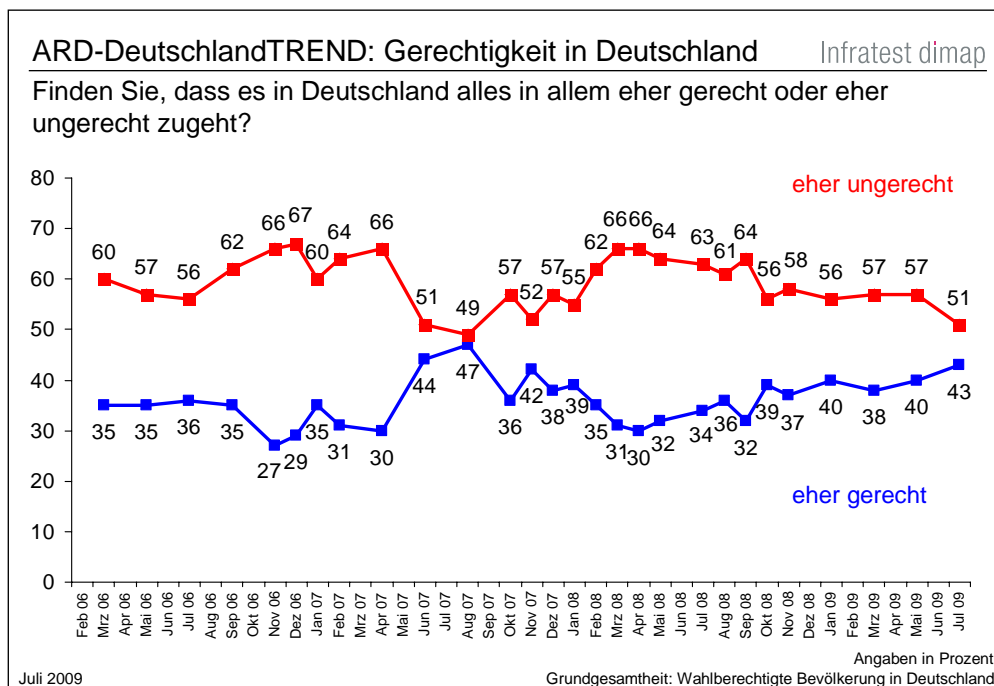
Unabhängig davon, ob eine Steuererhöhung als notwendig erachtet wird, stößt das Versprechen von Bundeskanzlerin Angela Merkel, keine Steuererhöhungen vorzunehmen, sollte sie die nächste Bundesregierung anführen, auf ausgeprägtes Misstrauen. Ihrer Popularität tut dies jedoch keinen Abbruch. Merkel steht nach Zugewinnen auch im Juli ungefochten an der Spitze der beliebtesten Politiker Deutschlands. Außenminister und SPD-Herausforderer Frank-Walter Steinmeier muss dagegen deutliche Einbußen hinnehmen und fällt auf den niedrigsten Zustimmungswert seit April 2007. Auch in der Kanzlerpräferenz dominiert weiterhin die Amtsinhaberin. Angela Merkel muss nach dem Rekordwert vom Juni zwar leichte Verluste hinnehmen (-3), der Vorsprung der Kanzlerin ist jedoch mit 30 Punkten weiterhin beträchtlich. Dass das Misstrauen gegenüber dem Steuerversprechen Merkels keinen merklichen Einfluss auf deren Popularität nimmt, liegt zu einem Gutteil daran, dass die Deutschen den Wahlkampfaussagen aller Parteien mit Skepsis begegnen. So rechnet die Mehrheit von ihnen bei keiner Bundestagspartei damit, dass vor der Wahl ehrlich gesagt wird, was nach dem Urnengang politisch angestrebt wird.

In der politischen Stimmung käme die Union im Juli auf 35 Prozent der Stimmen, sie gibt 1 Punkt zum Vormonat ab. Die SPD verliert dagegen 2 Punkte und würde einen Wähleranteil von 23 Prozent erzielen – der niedrigste Wert für sie seit Dezember. Wie keine andere Partei leidet die SPD darunter, dass selbst viele emotional an sie gebundene Wahlberechtigte momentan nicht zu ihr stehen. Für die FDP würden 15 Prozent (+1) votieren. Die Grünen kämen auf unverändert 13 Prozent. Die Linke hätte 10 Prozent (+1) in Aussicht. Alle anderen Parteien kämen zusammen genommen auf 4 Prozent (+1). Unter diesen Mehrheitsverhältnissen hätte neben der großen Koalition Schwarz-Gelb und Rot-Gelb-Grün die Möglichkeit zur Regierungsbildung. Ein Wahlausgang, der der Union die rechnerische Mehrheit verschaffen würde, erneut die Bundesregierung anzuführen, entspräche derzeit dem Wunsch jedes zweiten Bundesbürgers (48 Prozent).

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND vom Juli, den Infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und von sechs Tageszeitungen erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 29. bis 30. Juni 1.000, für die Sonntagsfrage vom 29. Juni bis 01. Juli 1.500 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

Empfindung ungerechter Verhältnisse durch Krise nicht verstärkt

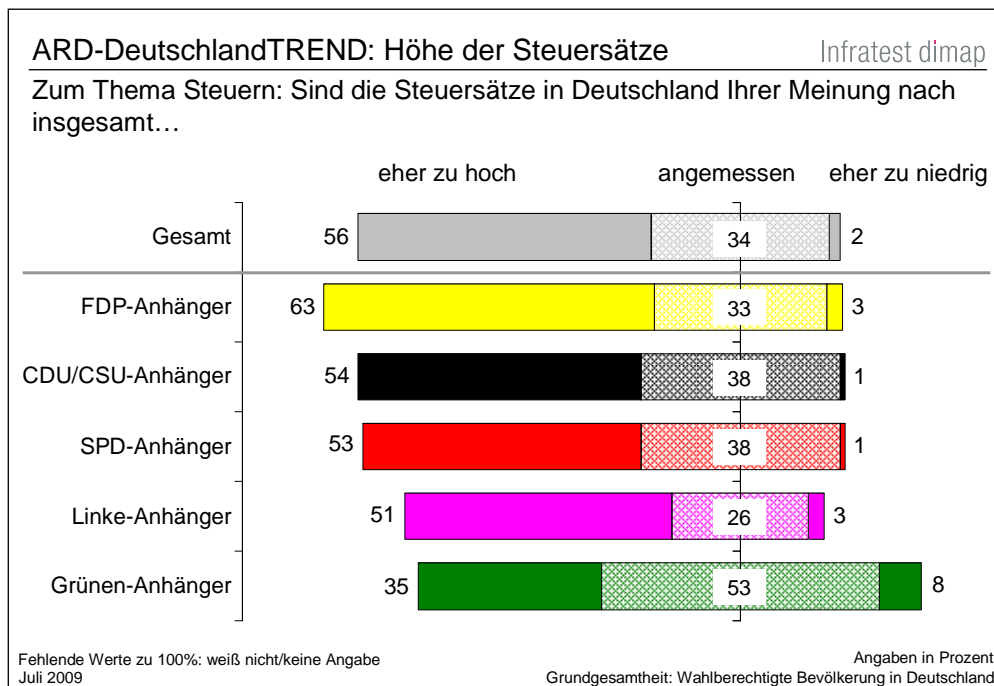
Seit geraumer Zeit haben die Bundesbürger das Gefühl, dass die Verhältnisse in Deutschland nicht gerecht sind. Allerdings hat die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise diesen Eindruck bislang nicht verstärkt. Aktuell ist die Hälfte der Wahlberechtigten (51 Prozent) der Ansicht, dass sich das Land in einer deutlichen sozialen Schieflage befindet. Vier von zehn (43 Prozent) vertreten dagegen die Meinung, dass es alles in allem gerecht zugeht. Damit hat sich die skeptische Grundstimmung seit Beginn der Krise im Oktober sogar wieder etwas aufgehellt.



In den neuen Bundesländern wird diese Gerechtigkeitslücke besonders intensiv und weit häufiger als im Westen beklagt. Während im Westen die Kritik leicht überwiegt (44:49), bewertet im Osten eine deutliche Mehrheit (37:57) die Lage skeptisch.

Gut jeder Zweite sieht Steuersätze als zu hoch an

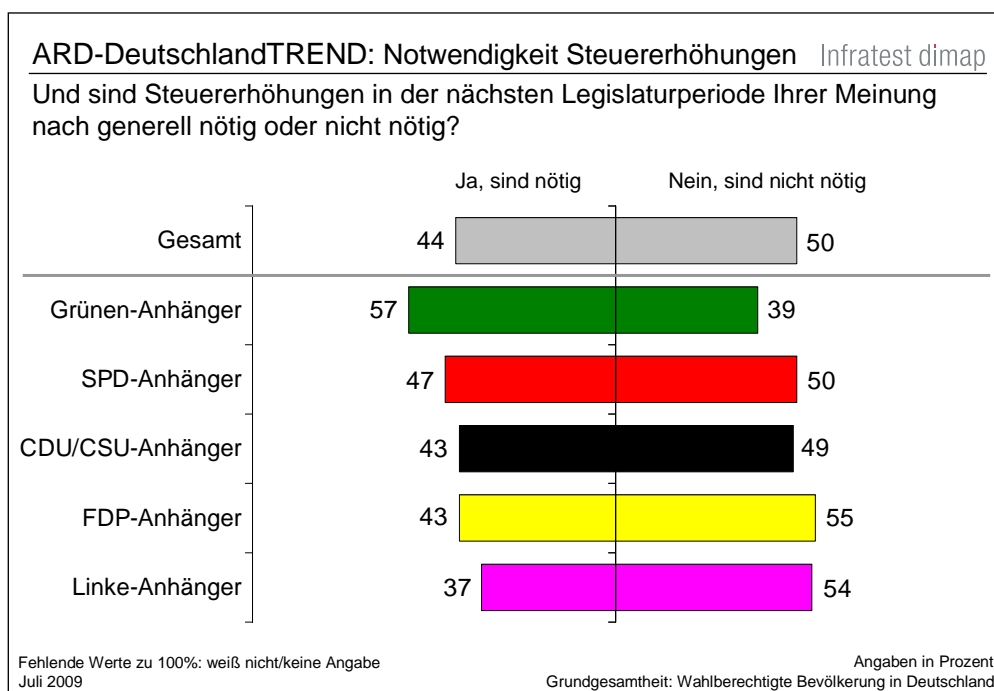
Die bundesdeutsche Haushaltspolitik befindet sich aktuell in einem Dilemma. Während sich die Bundesrepublik mit dem historisch höchsten Verschuldungsstand als Folge der konjunkturellen Ausnahmesituation konfrontiert sieht, betrachten die Bürger den Umfang des Steuerstaates mit erheblicher Skepsis: Gut jeder zweite Bundesbürger (56 Prozent) hält die bestehenden Steuersätze insgesamt für zu hoch. Ein Drittel (34 Prozent) sieht sie als angemessen an. Besonders häufig klagen dabei Geringverdiener (61 Prozent) und formal niedrig Gebildete (68 Prozent) über eine zu hohe Steuerlast. Offensichtlich werden von dieser Frage in erheblichem Umfang Gerechtigkeitsempfindungen berührt: Von denen, die von ungerechten Verhältnissen in Deutschland ausgehen, empfinden 60 Prozent die Steuersätze als zu hoch, von denen, die gerechte Verhältnisse erkennen, dagegen nur 50 Prozent.



Die FDP entspricht mit ihren Steuersenkungsplänen der Position ihrer Anhänger. 63 Prozent der FDP-Anhänger sehen die bestehenden Steuersätze als zu hoch an. Den Gegenpol zu den Liberalen bilden die Grünen, deren Anhängerschaft zu gut der Hälfte die Ansicht vertritt, die Steuersätze seien insgesamt angemessen.

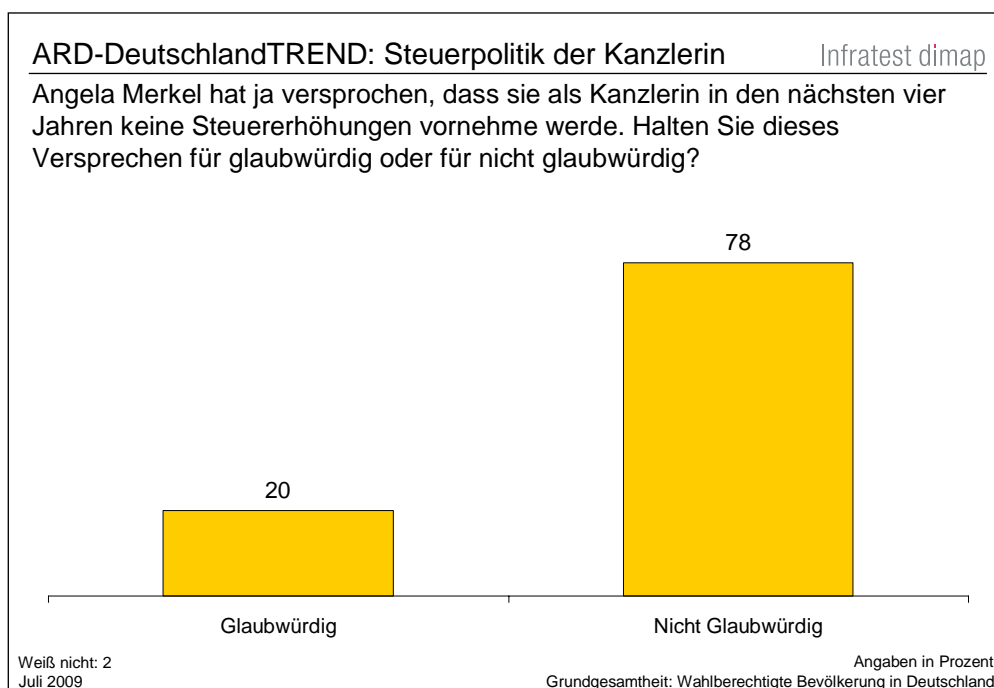
Notwendigkeit von Steuererhöhungen umstritten

Dass Steuererhöhungen in der jetzigen fiskalpolitischen Situation nötig werden, ist unter den Deutschen umstritten: Jeder Zweite (50 Prozent) bezweifelt einen entsprechenden Problemdruck, vier von zehn (44 Prozent) betrachten Steuererhöhungen in der nächsten Legislaturperiode dagegen als unvermeidbar. Von der Notwendigkeit höherer Steuern sind insbesondere Besserverdienende (56 Prozent) überzeugt. Arbeiter (64 Prozent) und Arbeitslose (61 Prozent) können – möglicherweise auch aufgrund ihrer Sorge um negative Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt – besonders häufig keinen Bedarf an Steuererhöhungen erkennen.



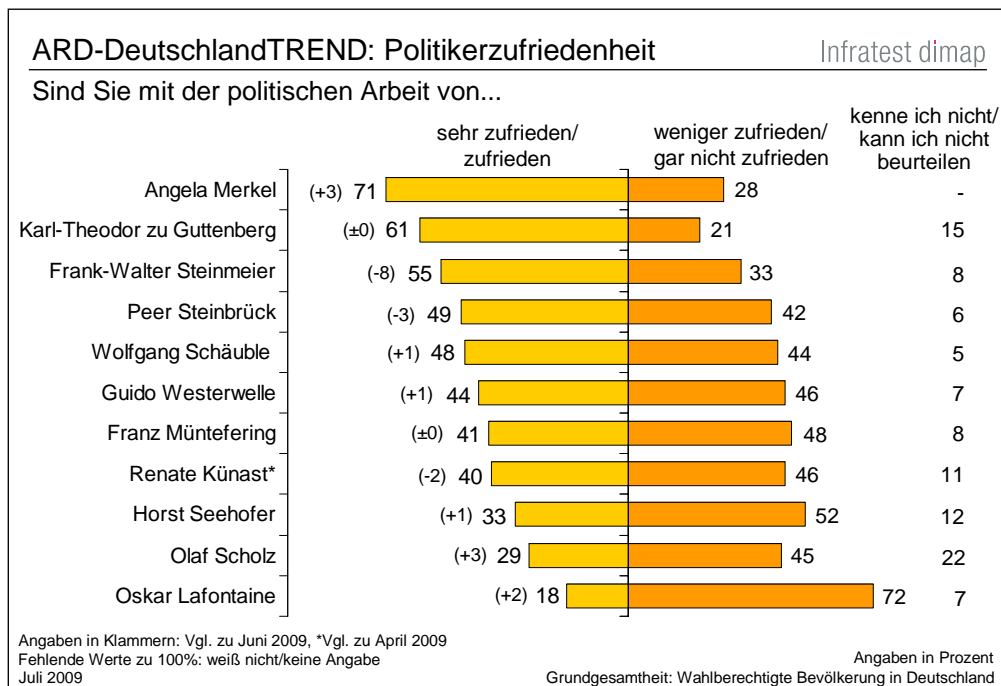
Keine Steuererhöhungen: Misstrauen gegenüber Merkel-Versprechen

Unabhängig davon, ob eine Steuererhöhung als notwendig erachtet wird oder nicht, das Versprechen von Bundeskanzlerin Merkel, in den nächsten vier Jahren keine Steuererhöhungen vorzunehmen, sollte sie die nächste Bundesregierung anführen, stößt auf massives Misstrauen: Acht von zehn Bundesbürgern (78 Prozent) halten diese Ankündigung für nicht glaubwürdig, nur jeder Fünfte (20 Prozent) sieht das Versprechen von Bundeskanzlerin Merkel als verlässlich an. Das Misstrauen reicht dabei tief in das eigene Lager. Auch unter den Unions-Anhängern halten zwei Drittel (63 Prozent) die getroffene Zusage der Bundeskanzlerin für nicht aufrichtig.



Politikerzufriedenheit: Merkel legt zu, Steinmeier verliert

So wenig die Bundesbürger dem Steuerversprechen der Bundeskanzlerin trauen, ihrer Popularität tut dies keinen Abbruch: Angela Merkel steht nach Zugewinnen (+ 3) auch im Juli ungefochten an der Spitze der beliebtesten Politiker Deutschlands. Mit ihrer Amtsführung überzeugt sie 71 Prozent der Deutschen. Sie erzielt damit den besten Wert seit November letzten Jahres. Außenminister und SPD-Herausforderer Frank-Walter Steinmeier muss dagegen deutliche Einbußen von 8 Punkten hinnehmen und kommt auf einen Zustimmungswert von 55 Prozent – sein niedrigster Wert seit April 2007. Damit fällt der SPD-Kanzlerkandidat auf den dritten Platz hinter Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg zurück, der unverändert auf 61 Prozent kommt. Nachdem zu Guttenberg in den letzten Monaten kontinuierlich an Ansehen gewonnen hat, hat er sich in der Spitzengruppe der beliebtesten Politiker etabliert.

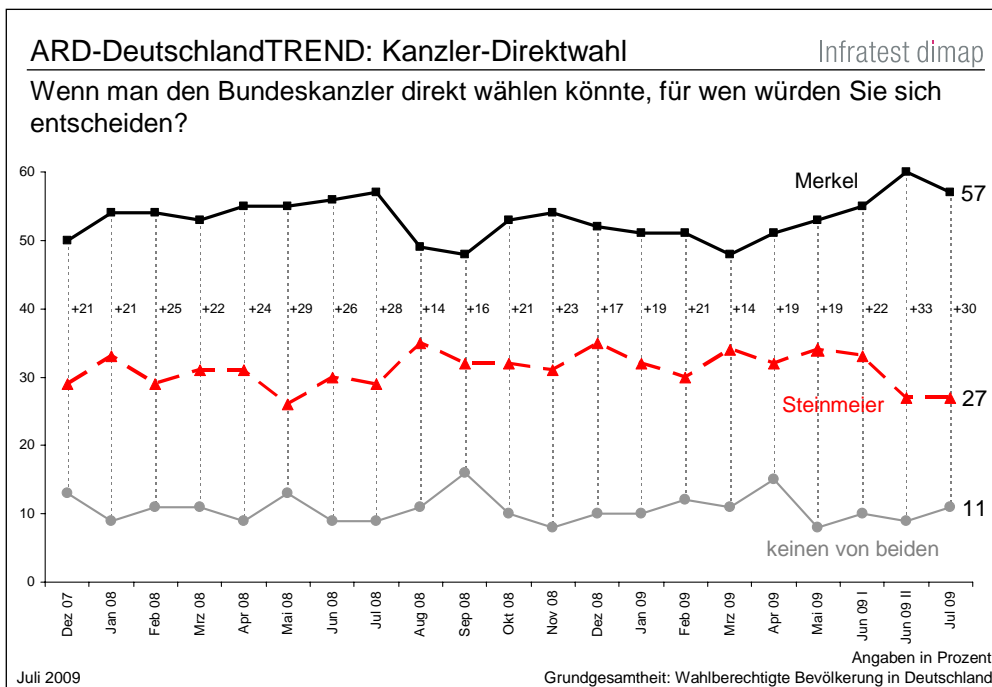


Neben Steinmeier muss auch sein Kabinettskollege Peer Steinbrück Ansehensverluste hinnehmen (-3) und führt mit 49 Prozent das Mittelfeld an vor Innenminister Wolfgang Schäuble (48 Prozent, +1) und FDP-Chef Guido Westerwelle (44 Prozent, +1).

SPD-Chef Franz Müntefering (unverändert 41 Prozent) und die Spitzenkandidatin der Grünen Renate Künast (40 Prozent, -2) erhalten von vier von zehn Deutschen wohlwollende Urteile. CSU-Chef Horst Seehofer findet bei einem Drittel (33 Prozent, +1) positive Resonanz. Arbeitsminister Olaf Scholz kann leicht zulegen (+3), mit seiner Arbeit sind aktuell 29 Prozent zufrieden. Der Parteivorsitzende der Linken, Oskar Lafontaine, genießt weiterhin den geringsten Rückhalt in der Bevölkerung (18 Prozent, +2).

Kanzler-Direktwahl: Merkel klar vor Steinmeier

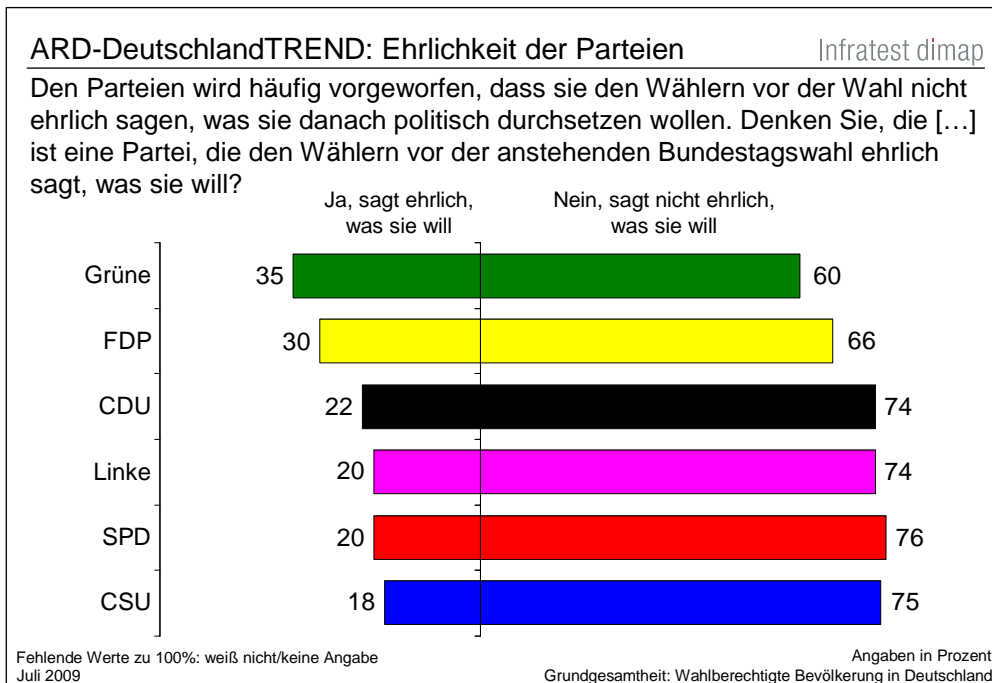
Auch in der Kanzlerpräferenz dominiert weiterhin die Amtsinhaberin. Wären die Bundesbürger aufgerufen, den Bundeskanzler direkt zu bestimmen, fiel die Entscheidung klar zu Gunsten von Angela Merkel aus: 57 Prozent der Wähler würden derzeit die Amtsinhaberin bevorzugen, auf den SPD-Spitzenkandidaten Frank-Walter Steinmeier entfielen 27 Prozent der Stimmen. Angela Merkel muss nach dem Rekordwert vom Juni zwar leichte Verluste hinnehmen (-3), der Vorsprung der Kanzlerin ist jedoch mit 30 Punkten weiterhin beträchtlich.



Die eigene Anhängerschaft steht etwas weniger geschlossen (88 Prozent, -7) hinter der Kanzlerin als im Vormonat. Allerdings ist die Unterstützung der CDU-Chefin in den eigenen Reihen deutlich stärker als die Zustimmung für Frank-Walter Steinmeier in den Reihen der SPD, für den sich im Direktduell nahezu unverändert zwei Drittel der SPD-Anhänger (65 Prozent) entscheiden würden.

Grundsätzliche Zweifel an Wahlkampfaußagen aller Parteien

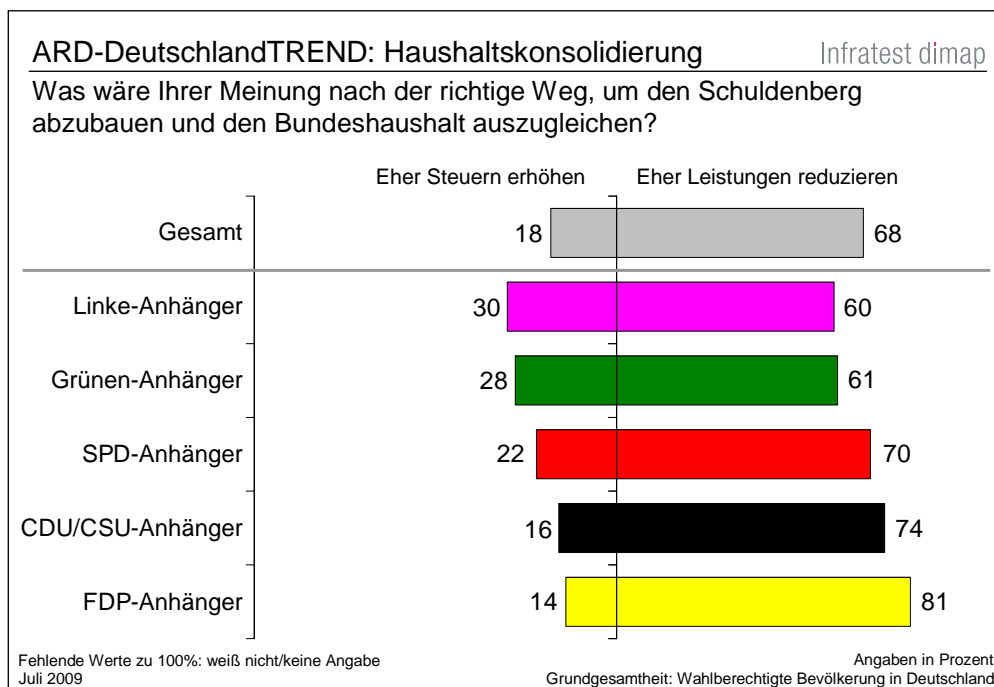
Dass das Misstrauen gegenüber dem Steuerversprechen Merkels keinen merklichen Einfluss auf deren Popularität nimmt, liegt zu einem Gutteil daran, dass die Deutschen den Wahlkampfaußagen aller Parteien mit Skepsis begegnen. So rechnet die Mehrheit der Deutschen bei keiner der Bundestagsparteien damit, dass sie den Bundesbürgern vor der Wahl ehrlich sagen, was sie nach dem Urnengang tatsächlich politisch umsetzen wollen. Noch das größte Vertrauen wecken in dieser Frage die Grünen und die FDP, für die 35 bzw. 30 Prozent von offen gelegten Positionen für die Zeit nach der Wahl ausgehen. CDU (22 Prozent), SPD (20 Prozent) und Linkspartei (20 Prozent) genießen bundesweit jeweils bei etwa jedem Fünften entsprechendes Vertrauen, die CSU bei jedem Sechsten (18 Prozent).



Bemerkenswert ist, dass die Regierungsparteien hinsichtlich der Transparenz ihrer Pläne von den eigenen Anhängern sehr viel nüchterner betrachtet werden als die Oppositionsparteien von deren Anhängern. So ist jeweils die Mehrheit der Anhänger von FDP (62 Prozent), Linkspartei (62 Prozent) und Grünen (65 Prozent) überzeugt, dass die eigene Partei im Wahlkampf weitgehend offen ihre politische Vorhaben kommuniziert. Demgegenüber bezweifelt unter den Anhängern von CDU, CSU und SPD jeweils ein erheblicher Teil, dass ihre Partei die eigenen politischen Absichten für die Zeit nach dem Urnengang ähnlich offen legt.

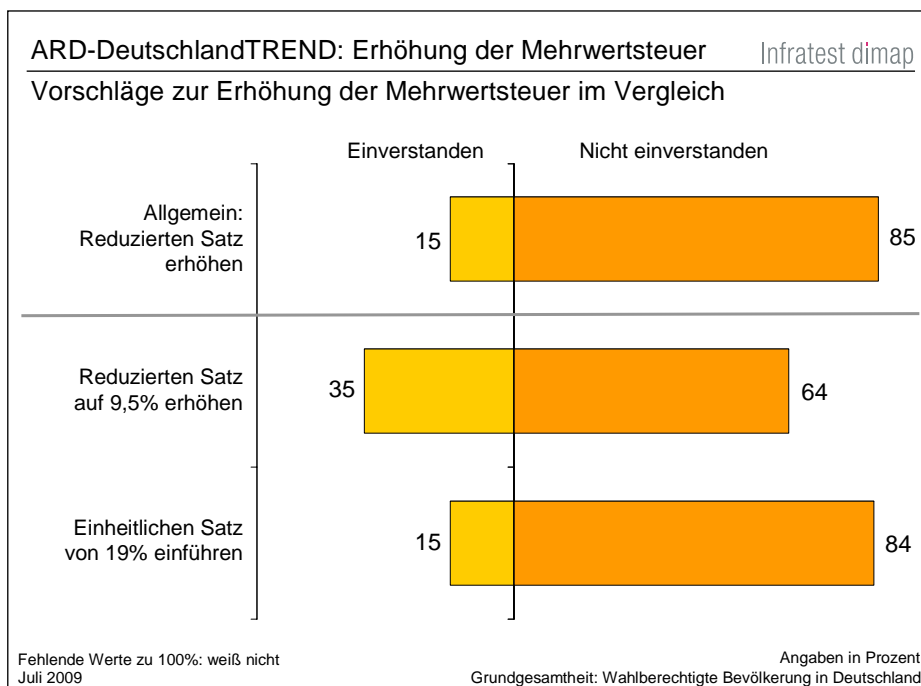
Leistungsabbau wird Steuererhöhungen vorgezogen

Angesichts des erkennbaren Unbehagens an der bestehenden Steuerbelastung überrascht es nicht, dass Steuererhöhungen als Weg zur Haushaltskonsolidierung bei den Deutschen aktuell nur auf wenige Sympathien stoßen. Vor die Entscheidung gestellt, zwischen Steuererhöhungen zur Einnahmeverbesserung oder Kürzungen bei den staatlichen Leistungen zur Ausgabeineindämmung zu wählen, entscheiden sich derzeit 68 Prozent für Leistungsstreichungen, 18 Prozent für Steuererhöhungen. Steuererhöhungen überzeugen noch am ehesten in den Reihen von Linkspartei (30 Prozent) und Grünen (28 Prozent), gelten aber auch dort nur bei jeweils einer Minderheit als bevorzugter Konsolidierungsweg in der jetzigen Situation.



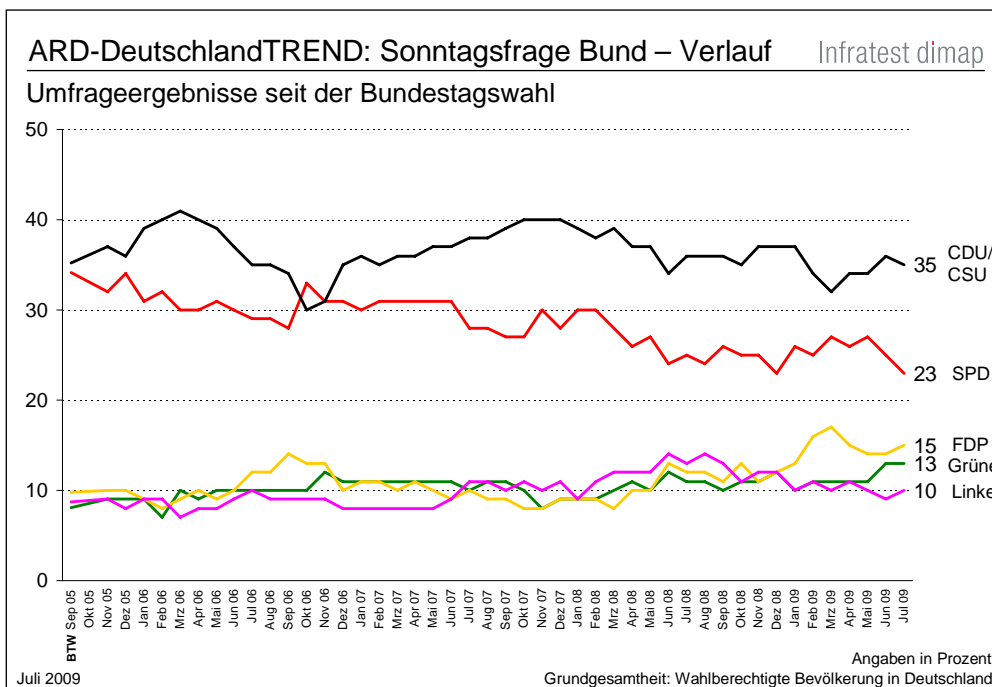
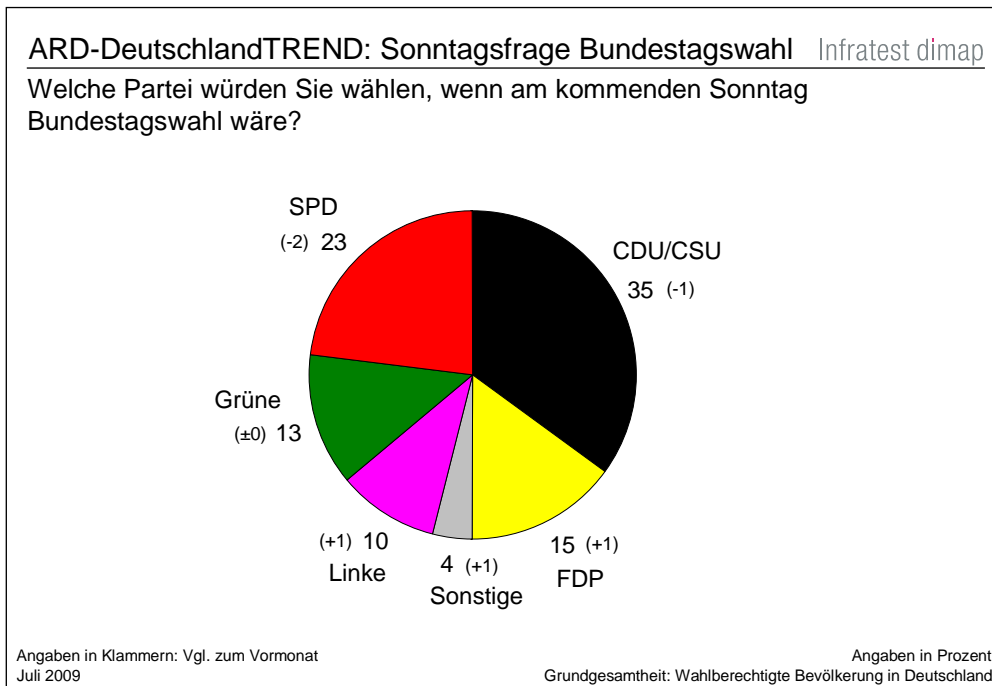
Kaum Unterstützung für Anhebung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes

Die im Zusammenhang mit der Haushaltslage in die Diskussion eingebrachte Erhöhung des gemäßigten Mehrwertsteuersatzes für Lebensmittel, Bücher, Bustickets und Blumen findet vor dem Hintergrund der generell kritischen Haltung gegenüber jeglichen Steuererhöhungen nur eine geringe Unterstützung bei den Deutschen. Selbst mit einer moderaten Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes von derzeit 7 auf 9,5 Prozent wäre nur jeder Dritte (35 Prozent) einverstanden. Bei einer Angleichung an den normalen Mehrwertsteuersatz von momentan 19 Prozent fällt die Zahl der Unterstützer auf 15 Prozent zurück.

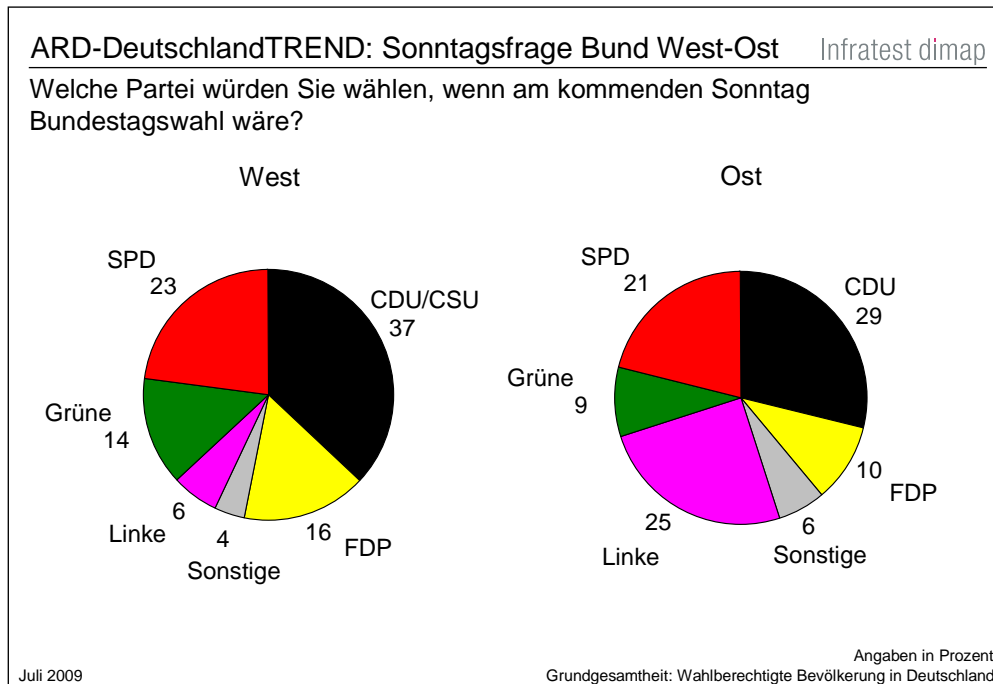


Sonntagsfrage: SPD weiter unter Druck

In der politischen Stimmung käme die Union im Juli auf 35 Prozent der Stimmen, sie gibt 1 Punkt zum Vormonat ab. Die SPD verliert dagegen 2 Punkte und würde einen Wähleranteil von 23 Prozent erzielen – der niedrigste Wert für sie seit Dezember. Wie keine andere Partei leidet die SPD darunter, dass selbst viele emotional an sie gebundene Wahlberechtigte momentan nicht zu ihr stehen.



Für die FDP würden 15 Prozent (+1) votieren. Die Grünen kämen auf unverändert 13 Prozent. Die Linke hätte 10 Prozent (+1) in Aussicht. Alle anderen Parteien kämen zusammen genommen auf 4 Prozent (+1). Unter diesen Mehrheitsverhältnissen hätte neben der großen Koalition Schwarz-Gelb und Rot-Gelb-Grün die Möglichkeit zur Regierungsbildung.



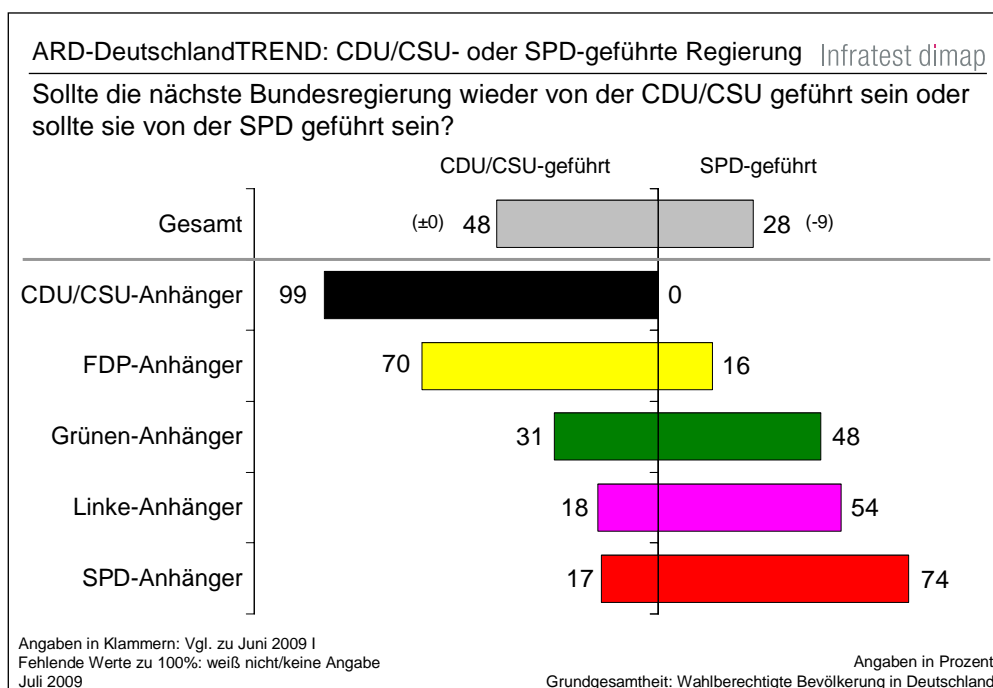
In den **alten Bundesländern** gibt die Union 1 Punkt ab, sie käme dort aktuell auf 37 Prozent. Die SPD verliert 2 Punkte zum Vormonat und würde 23 Prozent erzielen. Die FDP legt zu (+1) und hätte 16 Prozent in Aussicht. Die Grünen bleiben im Westen unverändert bei 14 Prozent. Die Linke käme nach Zugewinnen (+1) auf 6 Prozent.

In den **neuen Bundesländern** bleibt die CDU mit unverändert 29 Prozent an erster Stelle. Die Linke legt auch im Osten zu (+1) und erreicht dort aktuell 25 Prozent. Die SPD verliert auch in den neuen Bundesländern (-2) und käme dort aktuell auf 21 Prozent. Unverändert bleiben FDP und Grüne, die in den neuen Bundesländern 10 bzw. 9 Prozent in Aussicht hätten.

Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Der Anteil der unentschlossenen bzw. unentschiedenen Wahlberechtigten liegt weiterhin bei rund 30 Prozent. Die Verunsicherung ist insbesondere bei früheren SPD-Wählern überdurchschnittlich groß. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Zum einen legen sich immer mehr Wähler kurzfristiger vor einer Wahl fest, zum anderen hat die Bedeutung der letzten Wahlkampfphase mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern durch die Parteien zugenommen.

Wechselstimmung: Unionsgeführte Bundesregierung weiterhin bevorzugt

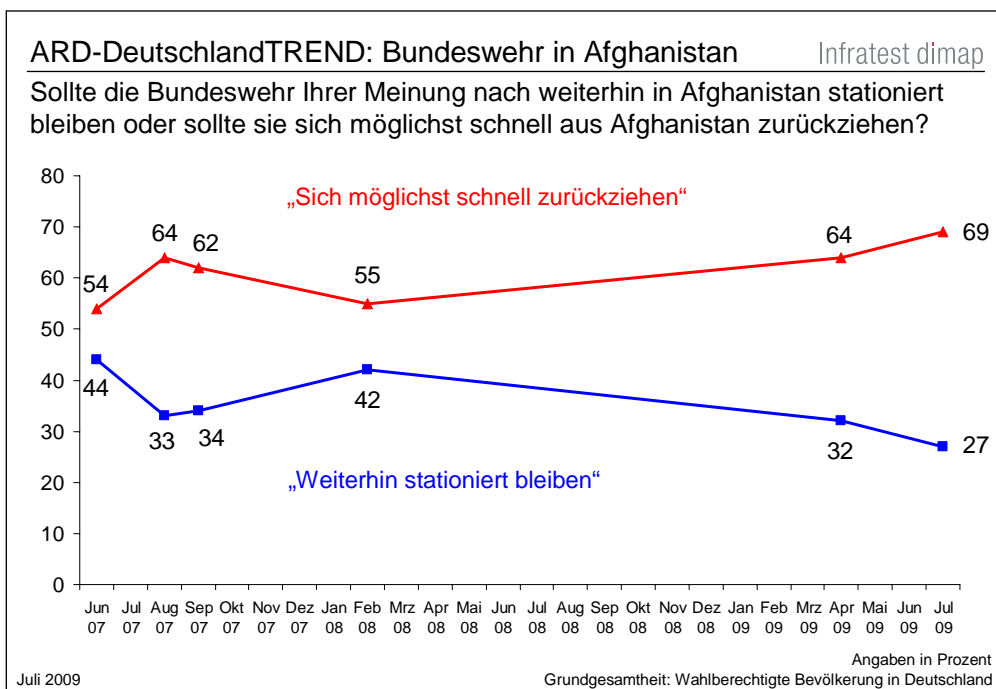
Ein Wahlausgang, der der Union die rechnerische Mehrheit verschaffen würde, erneut die Bundesregierung anzuführen, entspräche weitgehend den derzeitigen Wünschen der Bundesbürger. Wie im Vormonat spricht sich knapp die Hälfte der Deutschen (48 Prozent) für eine unionsgeführte Bundesregierung aus. Drei von zehn (29 Prozent) plädieren für ein SPD-geführtes Bundeskabinett. Während die Unterstützer einer Bundesregierung unter Ägide der Sozialdemokraten deutlich gesunken ist (-9), ist die Zahl derer, die sich zwischen den beiden Alternativen nicht festlegen wollen oder können, deutlich von 15 auf 24 Prozent angestiegen.



Die Unionsanhänger plädieren geschlossen für eine CDU/CSU-Führungsrolle, die FDP-Anhänger mit großer Mehrheit. Die SPD ist weniger geschlossen, nach einem deutlichen Rückgang sprechen sich nun drei von vier SPD-Anhängern für ein SPD-geführtes Kabinett aus. Die Unterstützung für die SPD ist zudem im Lager der Grünen stark gesunken.

Bundeswehreinsatz in Afghanistan: Zwei Drittel für schnellen Abzug

Für die seit nunmehr über sechs Jahre laufende Mission der Bundeswehr in Afghanistan fordert die Mehrheit der Deutschen ein schnelles Ende. Nach dem jüngsten Tod von drei Soldaten in der Nähe von Kundus sprechen sich sieben von zehn (69 Prozent) für einen zügigen Abzug der deutschen Soldaten aus – so viele wie noch nie. Lediglich drei von zehn (27 Prozent) plädieren für einen Verbleib der Bundeswehr am Hindukusch. Die Forderung nach einer Rückkehr der deutschen Truppenkontingente überwiegt in den Reihen aller Parteien. Noch am ehesten für einen Verbleib sprechen sich die Anhänger der Grünen aus (43 Prozent).



Bundeswehr ist in Afghanistan im Krieg

Mit ein entscheidender Grund für die Rückkehrforderung der Bundesbürger dürfte darin bestehen, dass der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr in der Heimat längst als Kriegseinsatz mit entsprechenden Risiken für die eingesetzten Soldaten gilt. Sechs von zehn Deutschen (58 Prozent) halten daher die Bezeichnung Krieg im Zusammenhang mit dem Bundeswehr-Einsatz für angemessen, vier von zehn (39 Prozent) sind gegenteiliger Ansicht. Der Begriff des Kriegseinsatzes wird von allen Anhängerschaften als gerechtfertigt angesehen, insbesondere von den Anhängern der Linken (77 Prozent).

